



29. Ordentlicher Landesparteitag der SPD Saar

am

Freitag, 9. Oktober und
Samstag, 10. Oktober 2015

Gebläsehalle Neunkirchen

Empfehlungen der Antragskommission

Übersicht Empfehlungen der Antragskommission

Nummer	Antragsteller	Titel	Empfehlung
Arbeit und Soziales (AS)			
AS1	KV Merzig-Wadern	Öffentlich geförderte Beschäftigung muss verstärkt werden	Annahme
AS2	KV Neunkirchen	Rente	Annahme
AS3	AG 60plus	Altersgrenzen	Annahme
AS4	ASJ	Ehre, wem Ehre gebührt – Engagement für unsere Gesellschaft stärker wertschätzen, Ehrenamt rechtlich stärken	Annahme
AS5	Landesvorstand SPD Saar	Aktiv alt werden	Annahme
AK1 zu AS6	Antragskommission	Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!	Annahme
AS6	Jusos	Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!	Erledigt bei Annahme AK1
AS7	Jusos	Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen	Annahme
AS8	AfA	NEIN zu Eingriffen in das Eingliederungssystem der Jobcenter!	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 28-39: „Die Delegierten der SPD Landeskongress Saar fordern Andrea Nahles, alle Bundestagsabgeordneten und die Regierung auf, Schluss zu machen mit immer mehr Streichungen im Hartz IV System! Wir fordern alle auf, dass der Passiv-Aktiv-Transfer umgesetzt und so angelegt wird, dass die Kommunen ihre eingesparten Unterhaltskosten ebenfalls mit in die Finanzierung eines 2. Arbeitsmarktes geben können! Wir fordern, dass alle zusätzlichen Bundesprogramme zu 100% vom Bund fi-

			<p>nanziert werden! Wir verurteilen und fordern die Rückgabe der entnommenen 150 Mio. Euro in das Eingliederungsbudget der Jobcenter! Sozialdemokratische Steuerpolitik sollte sich am Leistungsvermögen der Reichen in der Gesellschaft orientieren (u.a. Vermögenssteuer), Streichungen im sozialen Bereich lehnen wir ab!“</p> <p>werden wie folgt neu gefasst: „Wir fordern die Bundesregierung auf, die strukturelle Unterfinanzierung des SGB II sofort zu beenden und in den jetzt anstehenden Haushaltsverhandlungen auf eine auskömmliche Finanzierung sowohl des Eingliederungs- als auch des Verwaltungstitels zu drängen, um Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive aus der Hilfebedürftigkeit in Arbeit und soziale Teilhabe zu geben!</p> <p>Wir fordern alle Akteure auf Bundesebene auf, den Passiv-Aktiv-Transfer haushaltsrechtlich zu verankern und so anzulegen, dass sowohl der Bund als auch die Kommunen ihre eingesparten passiven Leistungen für Arbeitslosen- und Sozialgeld sowie für Unterkunft und Heizung mit in die Finanzierung eines öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarktes geben können!</p> <p>Wir fordern, dass alle zusätzlichen Bundesprogramme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu 100% vom Bund finanziert werden!“</p>
AS9	AG SelbstAktiv	Bindung der finanziellen Förderung von Baumaßnahmen des Landes an Barrierefreiheit	Annahme
AS10	KV Saarbrücken-Stadt	Sozialer Wohnungsbau, dauerhafte Unterbringung anerkannter Flüchtlinge	Erledigt mit Annahme Resolution ‚Flüchtlinge‘ (wird wegen Aktualität auf dem LPT nachgereicht).

Bildung (B)			
B1	KV Merzig-Wadern	Echte Religionsfreiheit für Schüler_innen	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeile 5: „das uneingeschränkte Recht haben, die Teilnahme am Religionsunterricht abzulehnen.“ wird wie folgt neu gefasst: „die uneingeschränkte Religionsmündigkeit erhalten.“
B2	Jusos	Echte Religionsfreiheit für Schüler_Innen	Erledigt bei Annahme B1
AK2 zu B3	Antragskommission	Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!	Annahme
B3	Jusos	Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!	Erledigt bei Annahme von AK2
B4	Jusos	Verbesserung von Schulausstattungen	Annahme
B5	Jusos	Schwimmunterricht im Saarland ausbauen	An Landesvorstand und Landtagsfraktion verweisen zur weiteren Beratung
B6	Jusos	Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit	Annahme
B7	Landesvorstand SPD Saar	Für eine Offensive zum Lesen und Schreiben lernen	Annahme
B8	Landesvorstand SPD Saar	Gesunde Schule Saarland – Einführung eines Schulentwicklungsprogramms	Annahme
B9	AfB	Studienorientierungskonzept für allgemeinbildende Schulen	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeile 1: „Studienorientierungskonzept für allgemeinbildende Schulen“ wird wie folgt neu gefasst: „Berufs- und Studienorientierungskonzept für allgemeinbildende Schulen“
B10	AfB	Möglichkeit gebundener Ganztagsklassen für berufliche Vollzeitschulen	Annahme mit folgenden Änderungen: Die Zeile 1: „Möglichkeit gebundener Ganztagsklassen für berufliche Vollzeitschulen“

			<p>wird wie folgt neu gefasst: „Ganztagsklassen für berufliche Vollzeitschulen ermöglichen“</p> <p>Die Zeilen 3 und 4: „an den beruflichen Vollzeitschulen die Möglichkeit besteht, gebundene Ganztagesklassen für bestimmte Schulformen einzurichten.“</p> <p>werden wie folgt neu gefasst: „an den beruflichen Vollzeitschulen die Möglichkeit zu schaffen, Ganztagsklassen einzurichten.“</p>
B11	AfB	Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe im Saarland	<p>Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 11 und 12: „Schüler- und Elternvertretungen, Hochschulen und Wirtschaft können bei der Neugestaltung berücksichtigt werden.“</p> <p>werden wie folgt neu gefasst: „Schüler_innen- und Elternvertretungen, Hochschulen und Wirtschaft sind bei der Neugestaltung zu berücksichtigen.“</p>
B12	AfB	Digitale Bildung als verbindliche Querschnittsaufgabe an saarländischen Schulen	<p>Annahme mit folgender Änderung: Die Zeile 11: „können bei der Umsetzung berücksichtigt werden.“</p> <p>wird wie folgt neu gefasst: „sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen.“</p>
Europa (EU)			
AK3 zu EU1-EU6	Antragskommission	Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA	Annahme
EU1	KV Saarbrücken-Stadt	TTIP 1	Erledigt bei Annahme AK 3 zu EU1 und EU6
EU2	KV Saarbrücken-Land	TTIP 2	Erledigt bei Annahme AK 3 zu EU1 und EU6
EU3	KV Neunkirchen und OV Wustweiler	TTIP 3	Erledigt bei Annahme AK 3 zu EU1 und EU6
EU4	OV Oppen	TTIP, TISA und CETA	Erledigt bei Annahme AK 3 zu EU1 und EU6

EU5	Jusos	TTIP 4	Erledigt bei Annahme AK 3 zu EU1 und EU6
EU6	AfA und ASG	TTIP 5	Erledigt bei Annahme AK 3 zu EU1 und EU6
EU7	KV Saarbrücken-Stadt	Sperrklausel	<p>Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 3 bis 12: „Der Landesparteitag der SPD Saar und der Bundesparteitag mögen beschließen: Der SPD Kreisverband Saarbrücken-Stadt fordert den Landesverband Saar auf, sich auf dem nächsten Bundesparteitag der SPD für eine Initiative zur Wiedereinführung einer Sperrklausel im Gesetz über die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) einzusetzen, um der gestiegenen Bedeutung des Europäischen Parlaments im Verfassungsgefüge der Europäischen Union gerecht zu werden und um eine dem Ansehen der EU in der Bundesrepublik in der EU abträglichen Zersplitterung des Parteienspektrums der deutschen Mitglieder im EP zu verhindern. Zugleich soll die SPD aufgefordert werden, sich auf europäischer Ebene für die längst überfällige und in den Verträgen vorgesehene Schaffung eines einheitlichen Wahlrechts für die Wahlen zum EP einzusetzen.“</p> <p>werden wie folgt neu gefasst: „Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:</p> <p>Die SPD Saar fordert die Wiedereinführung der Sperrklausel im Europawahlgesetz für die Wahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus wird die Umsetzung der vorgesehenen Schaffung eines einheitlichen Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament in allen EU-Mitgliedsstaaten gefordert.“</p>
EU8	KV Saarbrücken-Land	Gebühren für Daten-Roaming abschaffen –	Annahme

		Digitalen Binnenmarkt für unsere Großregion schaffen	
EU9	Landesvorstand SPD Saar	Umdenken in der EU-Flüchtlings- und Asylpolitik gefordert	Erledigt mit Annahme Resolution ‚Flüchtlinge‘ (wird wegen Aktualität auf dem LPT nachgereicht).
EU10	Jusos	Refugees welcome!	Erledigt mit Annahme Resolution ‚Flüchtlinge‘ (wird wegen Aktualität auf dem LPT nachgereicht).
Finanzen (F)			
F1	KV Merzig-Wadern	Für eine gerechtere Erbschaftssteuer	Annahme
Familie und Partnerschaft (FP)			
FP1	Landesvorstand SPD Saar	Familienarbeitszeit: mehr Zeit für Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf	Annahme
FP2	Landesvorstand SPD Saar	Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Zeitpolitik als vernetzte Strategie für eine gute Work-Life Balance	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 1 und 2: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Zeitpolitik als vernetzte Strategie für eine gute Work-Life-Balance“ werden wie folgt neu gefasst: „Arbeit und Leben in Einklang bringen: Zeitpolitik als vernetzte Strategie für eine gute Work-Life-Balance“
FP3	Landesvorstand SPD Saar	Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 34 und 35: „Wir fordern daher die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und ihre vollständige rechtliche Gleichstellung mit heterosexuellen Paaren.“ werden wie folgt neu gefasst: „Wir setzen uns daher für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und ihre vollständige rechtliche Gleichstellung mit heterosexuellen Paaren ein und werden sämtliche Initiativen zur Gleichstellung unterstützen.“
FP4	Schwusos	„100% Gleichstellung nur mit uns! – eine Koalitionsfrage!“	Ablehnung
FP5	Schwusos	Vielfalt leben im Saar-	Annahme

		land - Aktionsplan für sexuelle Vielfalt	
FP6	KV Neunkirchen	Jugendhilfe stärken. Kein Abbau von sozialer Infrastruktur	Annahme
AK4 zu FP7	Antragskommission	Betreuungsgeld	Annahme
FP7	Jusos	Das Betreuungsgeld wurde vom Verfassungsgericht gekippt.	Erledigt bei Annahme AK 4 zu FP7
Gesundheit (G)			
G1	ASG	Akademisierung des Hebammenwesens	Überweisung an den offenen Landesausschuss zum Thema Pflege- und Heilberufe
G2	ASG	Akademisierung von Logopäden	Überweisung an den offenen Landesausschuss zum Thema Pflege- und Heilberufe
G3	ASG	Erste Hilfe rettet Leben	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeile 4: „Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und den Kultusminister auf sich für eine Einführung eines“ wird wie folgt neu gefasst: „Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die saarländische Landesregierung auf, sich für eine Einführung eines“
G4	ASG	Organspende rettet Leben	Überweisung an Landesvorstand mit der Maßgabe, einen Beschlussvorschlag zum nächsten Parteitag zu erarbeiten
G5	ASG	Zulassung zum Medizinstudium	Annahme
G6	ASG	Befundung muss vergütet werden	Überweisung an den offenen Landesausschuss zum Thema Pflege- und Heilberufe
G7	ASG	Finanzierung der Aufgaben im Gesundheitswesen	Erledigt bei Annahme AK5 zu G7 und G14
G8	ASG	Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention im Saarland	Annahme
G9	ASG	Direktzugang als Modellprojekt	Überweisung an den offenen Landesausschuss zum Thema Pflege- und Heilberufe

			berufe
AK6 zu G10	Antragskommission	Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema in den Blick nehmen	Annahme
G10	ASG	Die Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema in den Fokus rücken	Erledigt bei Annahme AK6 zu G10
G11	ASG und Jusos	Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für Medizinstudenten	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 1 und 2: „Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für Medizinstudenten“ werden wie folgt neu gefasst: „Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für Medizinstudierende“
G12	Jusos	Therapiekostenübernahme bei Lipödemen	Überweisung an zuständige Arbeitsgemeinschaft ASG
G13	KV Saarbrücken-Stadt	Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen	Annahme
G14	Landesvorstand SPD Saar	Paritätische Finanzierung im Gesundheitssystem wieder herstellen	Erledigt bei Annahme AK5 zu G7 und G14
Inneres und Justiz (IJ)			
IJ1	KV Saarbrücken-Stadt	Transparenz verbessern – gegen den Ausverkauf der Demokratie!	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeile 15: „Karenzzeiten für Ex-Politiker auf mindestens 18 Monate sowie ein generelles Verbot von“ wird wie folgt neu gefasst: „Karenzzeiten für ehemalige hauptamtliche Amts- und Mandatsträger_innen auf mindestens 18 Monate sowie ein generelles Verbot von“
IJ2	KV Saarbrücken-Stadt	Wahlrecht für alle im Ausland lebenden deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger	Nichtbefassung
AK7 zu IJ3	Antrags-	Vorratsdaten	Annahme

	kommission		
IJ3	KV Saarbrücken-Stadt	Vorratsdaten	Erledigt bei Annahme AK7 zu IJ3
AK8 zu IJ4	Antragskommission	Öffentliche Petitionen auch im Saarland möglich machen!	Annahme
IJ4	KV Saarpfalz	Öffentliche Petitionen auch im Saarland möglich machen!	Erledigt bei Annahme AK8 zu IJ4
IJ5	Jusos	Freiheit stärken, §166 StGB streichen	Überweisung an zuständige Arbeitsgemeinschaft ASJ
IJ6	Jusos	Gleiche Pflichten, Gleiche Rechte! – Die demokratische Partizipation aller EinwohnerInnen stärken!	Mit Annahme KOM1 erledigt
IJ7	Jusos	Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!	Überweisung an BTF
IJ8	Jusos	Modellprojekt zur Cannabis-Legalisierung im Saarland	Überweisung an LaVo
IJ9	Jusos	Moderner Datenschutz sichert Freiheits- und Bürgerrechte	Überweisung an LaVo
IJ10	ASF	Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen anerkennen	Erledigt mit Annahme Resolution ‚Flüchtlinge‘ (wird wegen Aktualität auf dem LPT nachgereicht).
<u>Kommunales (KOM)</u>			
KOM1	KV Saarbrücken-Stadt	Kommunales Wahlrecht für nicht EU-Ausländer	Annahme
KOM2	KV Saarpfalz	Zusammen stehen gegen Rechts – Keine Zusammenarbeit mit der AfD	Annahme mit folgenden Änderungen: 1. Die Zeilen 77-93 vor Zeile 3 einfügen: <u>„Forderungen:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Keine parlamentarische oder außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD oder ihr nahestehenden Gruppen! • Die Ablehnung der Zusammen-

			<p>arbeit darf sich nicht auf streitbare Themen begrenzen. Häufig versuchen populistischen Kräfte scheinbare Sachthemen auf die Agenda zu setzen, um Anerkennungs- und Normalisierungseffekte zu erreichen. Einer solchen Strategie muss sich die SPD entgegenstellen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Spricht die AfD ein existierendes Problem an, kann ein gleichlautender Antrag von allen anderen Fraktionen eingebracht und abgestimmt werden. • Gleichzeitig muss sich die SPD mit der AfD politisch auseinandersetzen, ohne ihr zu hohe Aufmerksamkeit zuzuspielen. Bringen Mitglieder der AfD Anträge ein, soll nur ein Mitglied des Kommunalparlaments erwidern. Anschließend wird der Antrag gemeinsam abgelehnt. <p>Bei Personalentscheidungen dürfen die Rechtspopulisten nie das Zünglein an der Waage sein. Darum muss die SPD auch auf andere Parteien einwirken, dass keine Verhandlungen mit der AfD aufgenommen werden. Stabile Mehrheiten sind mit der AfD nicht möglich.“</p> <p>2. In Zeile 2 „Begründung:“ einfügen</p>
KOM3	Jusos	Nachhaltiges Landesbäderkonzept entwickeln – jetzt!	Überweisung an Landesvorstand mit der Maßgabe, die Thematik in die Gespräche mit der kommunalen Ebene zur Entwicklung der Landesplanung einzubeziehen
KOM4	AfA	Finanzierung Personaleinstellungen	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 7 und 8: „Die Bundesregierung und unsere Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, die Finanzierung von Personaleinstellungen zu 100% durch den Bund zu finanzieren.“ werden wie folgt neu gefasst:

			„Die Bundesregierung und die saarländischen Bundestagsabgeordneten der SPD werden aufgefordert, auf strikte Konnexität zu achten.“
KOM5	KV Saarbrücken-Land und AfA Saarbrücken-Land	Finanzierung Flüchtlingshilfe der Kommunen	Erledigt mit Annahme Resolution ‚Flüchtlinge‘ (wird wegen Aktualität auf dem LPT nachgereicht).
KOM6	KV St. Wendel	Ländlicher Raum – ein starkes Stück Saarland	Überweisung an Landesvorstand mit der Maßgabe, die Thematik in die Gespräche mit der kommunalen Ebene zur Entwicklung der Landesplanung einzu beziehen.
KOM7	KV St. Wendel	Verantwortung für Kommunen übernehmen – Reformen jetzt umsetzen	Annahme
KOM8	AG SelbstAktiv	Stärkung der Rechte der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen	Annahme
Organisation (O)			
O1	KV Saarbrücken-Stadt	Bildung einer SPD International	Annahme
O2	AG 60plus	Bericht über die Behandlung von Anträgen	Annahme
O3	AG 60plus	Information der Parteiorganisation	Annahme mit folgender Änderung: Die Zeilen 4 und 5: „Der Landesvorstand wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Parteiorganisation der SPD-Saar - wie vor Jahren erfolgreich - wieder regelmäßig über Planung, Maßnahmen, Kampagnen und“ werden wie folgt neu gefasst: „Der Landesvorstand wird aufgefordert, weiterhin dafür zu sorgen, dass die Parteiorganisation der SPD Saar regelmäßig über Planung, Maßnahmen, Kampagnen und“
O4	OV St. Johann	Paritätisch besetzte Doppelspitze jetzt	Überweisung an Landesvorstand

		ermöglichen!	
O5	Jusos	Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!	Vom Antragssteller zurückgezogen
O6	Jusos	Aufgaben der Antragskommission der SPD klar definieren!	Ablehnung
O7	Jusos	Kein Rückfall in Vorurteile und Fremdenhass – Parteiausschlussverfahren für Behauptung des Asyl- und Sozialmissbrauchs	Nichtbefassung
Umwelt, Energie und Verbraucherschutz (UEV)			
UEV1	KV Saarbrücken-Stadt	Fracking	Überweisung an den zuständigen Arbeitskreis Umwelt
UEV2	Jusos	Für ein neues Internationales Klimaabkommen	Annahme mit folgenden Änderungen: Die Zeilen 3 bis 8 werden in Zeile 25 verschoben: „Die kontinuierliche Erwärmung des Erdklimas hat weitreichende Folgen, die heute nicht nur messbar, sondern bereits sichtbar sind. Das verstärkte Auftreten von Wetterextremen, der Lebensraum- und Lebensgrundlagenverlust durch den Anstieg des Meeresspiegels und die sozialen Auswirkungen der Klimaveränderungen sind drängende Probleme der Menschheit im 21. Jahrhundert. Jedes Jahr, das ohne ein weitreichendes, internationales und engagiertes Abkommen zum Schutz des Erdklimas verstreicht, verringert die Chancen auf Erfolg.“ Die Zeile 10: „Die Jusos Saar fordern daher: wird wie folgt neugefasst: „Die SPD Saar fordert:“
UEV3	Landesvorstand SPD Saar	Verbraucherschutz bei Kfz-Versicherungen im digitalen Zeitalter sicherstellen	Annahme

UEV4	Landesvorstand SPD Saar	Ein wirtschaftlich starkes Saarland mit intakter Natur	Annahme
UEV5	ASG	Genfood	Annahme mit folgenden Änderungen: Die Zeilen 6 bis 8: „Bundestagsfraktion auf, sich entscheiden für Gentechnanbauverbote und gegen die von der EU-Kommission auf Druck der Agroindustrie geplante Aufweichung der Zulassungsbeschränkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen zu positionieren. Die überwiegende Mehrheit der“ werden wie folgt neugefasst: „Bundestagsfraktion auf, sich entscheiden gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und gegen die von der EU-Kommission auf Druck der Agroindustrie geplante Aufweichung der Zulassungsbeschränkungen zu positionieren. Die überwiegende Mehrheit der“
UEV6	ASG	Verbot des Herbizids Glyphosat	Annahme
Wirtschaft und Strukturpolitik (WS)			
WS1	KV Merzig-Wadern	Weinbau im Saarland fördern	Annahme mit folgenden Änderungen: Die Zeilen 24 und 25: „Die SPD-Kreisverbandskonferenz Merzig-Wadern fordert daher den Landesverband der SPD Saar und die SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes auf sich auch in Zukunft für eine kontinuierliche“ werden wie folgt neugefasst: „Die SPD Saar fordert die SPD Fraktion im Landtag des Saarlandes auf, sich auch in Zukunft für eine kontinuierliche“
WS2	Landesvorstand SPD Saar	Digitales Saarland – für eine zukunftsfeste digitale Infrastruktur	Annahme
WS3	Landesvorstand SPD Saar	Digitales Saarland – Moderne kommunale Verwaltung ermöglichen	Annahme

WS4	Landesvorstand SPD Saar	Kooperation von Industrie und Wissenschaft ausbauen: „Forum Industrie und Wissenschaft“	Annahme
WS5	Landesvorstand SPD Saar	Existenzgründungen im Saarland aktivieren	Annahme
WS6	Landesvorstand SPD Saar	Mit starker Industrie und innovativem Handwerk Zukunft sichern	Annahme
WS7	Jusos	Gesetzlicher Mindestlohn für Auszubildende	Überweisung an LaVo
WS8	Jusos	IPV6 – Gläsernes Internet – NEIN DANKE!	Überweisung an die zuständige Zukunftswerkstatt Digitales Leben.
WS9	Jusos	Taktwechsel im ÖPNV	Überweisung an Landesvorstand mit der Maßgabe, die Thematik in die Gespräche mit der kommunalen Ebene zur Entwicklung der Landesplanung einzu beziehen.
WS10	KV Saarlouis	Standort stärken – Für zukunftssichere Industrieregionen im Saarland	Annahme

NEUFORMULIERUNGEN IN DER FASSUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

AK1

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu AS6

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Missbrauch befristeter Arbeitsverträge stoppen!**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD Landtagsfraktion sowie die saarländi-
4 schen Bundestagsabgeordneten weiterleiten:

5

6 Die SPD Saar fordert

7

- ein Verbot sachgrundloser Befristungen bei Arbeitsverträgen.

8

- die Einschränkung von Kettenverträgen dahingehend, dass Arbeitnehmer_innen keine vertraglich schlechteren Konditionen angeboten werden dürfen. Es müssen mindestens die gleichen Arbeitsbedingungen angeboten werden, wie für reguläre Beschäftigte.

9

10

AK2

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu B3

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!**

2

3 Die SPD Saar begrüßt, dass der Landtag des Saarlandes das Gesetz zur Umsetzung der UN-
4 Behindertenrechtskonvention im Bereich der Bildung am 25. Juni 2014 beschlossen hat.

5 Zur weiteren Umsetzung der Inklusion in unseren Bildungseinrichtungen fordern wir:

6

7 • die Integration von Inklusion in beide Phasen der Lehrerausbildung anhand von Modu-
8 len, die an der Universität verpflichtend belegt werden müssen,

9 • die qualifizierte und verpflichtende Fortbildung von Lehrkräften bezüglich des Um-
10 gangs mit Heterogenität,

11 • die ausreichende Unterstützung der Lehrkräfte durch Förderschullehrkräfte und Schul-
12 psycholog_innen sowie Schoolworker_innen,

13 • eine qualifizierte Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch Assistenzkräfte,

14 • die Einbindung des Themas Inklusion in den Unterricht,

15 • kleinere Klassen,

16 • eine verstärkte Umsetzung des „Teamteachings“,

17 • die sachgerechte Umgestaltung des Schulgebäudes sowie der Klassenräume, die den
18 Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen gerecht wird

AK3

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu EU1 bis EU6

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA**

2

3 Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag:

4

5 Die SPD Saar nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit dem ge-
6 planten Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
7 sehr ernst. Ein Beleg hierfür ist nicht zuletzt die Resonanz der selbstorganisierten europäischen
8 Bürgerinitiative „STOP TTIP“, die bislang bereits über 2,75 Mio. Unterschriften gesammelt und
9 das erforderliche Länderquorum bereits in 19 Staaten erreicht hat.

10

11

12 Aus diesem Grund sollen in den künftigen Verhandlungen zum transatlantischen Freihandels-
13 abkommen folgende Punkte aus sozialdemokratischer Sicht besondere Berücksichtigung fin-
14 den:

15

16 **1. Transparenz**

17 Ein Abkommen, das den Bürgerinnen und Bürgern nutzen soll, darf nicht verhandelt werden,
18 als müssten die Ergebnisse vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Daher ist bei den Ver-
19 handlungen zunächst ein Höchstmaß an Transparenz herzustellen. Hier wurden bereits erste
20 Maßnahmen umgesetzt, die weiter voranzutreiben sind, insbesondere durch die gesetzliche
21 Verankerung entsprechender Beteiligungsmechanismen. Der derzeitige Verhandlungsstand
22 und die bisherigen Textentwürfe zu TTIP müssen offengelegt werden. Um eine breite gesell-
23 schaftliche Debatte zu ermöglichen, müssen demokratisch gewählte Volksvertreterinnen und
24 Volksvertreter – aber auch beispielsweise Sozialpartner_innen, Umwelt- Verbraucherschutz-
25 und kommunale Spitzenverbände – Zugang zu den Dokumenten erhalten. Das Europäische
26 Parlament ist frühzeitig in die weiteren Verhandlungen einzubinden. Nur so erhalten sie die
27 Möglichkeit, die Vertragsinhalte kritisch zu prüfen und gegebenenfalls fortzuentwickeln. Eine
28 möglichst breite Diskussion in allen Gruppen der Zivilgesellschaft muss ermöglicht werden. Die
29 Verhandlungen müssen ohne Zeitdruck durchgeführt werden.

30

31 **2. Regulatorische Kooperation**

32 Es muss ausgeschlossen werden, dass das demokratische Recht, Regelungen zum Schutz von
33 Gemeinwohlzielen zu schaffen, gefährdet, ausgehebelt oder umgangen wird oder dass ein
34 Marktzugang, der solchen Regeln widerspricht, einklagbar wird. Die Fähigkeit von Parlamenten

35 und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürgern
36 zu erlassen, darf auch nicht durch die Schaffung eines Regulierungsrates im Kontext regulato-
37 rischer Kooperation oder durch weitgehende Investitionsschutzvorschriften erschwert werden.
38 Ein solches Regulierungsgremium darf den Gesetzgebungsprozess nicht beeinflussen. Alle Re-
39 gulierungsfragen müssen der demokratischen Kontrolle unterliegen.

40

41 **3. Investitionsschutzvorschriften**

42 Die SPD Saar begrüßt die geplanten Änderungen am Investitionsschutzkapitel, welche die
43 Kommission am 16.09.2015 vorgestellt hat, wonach eine Berufungsinstanz geschaffen wird
44 und öffentlich bestellte Richterinnen und Richter über Streitfälle entscheiden, Unabhängig
45 davon spricht sich die SPD Saar abkommensübergreifend für die Schaffung eines internationa-
46 len Rechtsprechungssystems für internationale Handelsangelegenheiten in Kooperation mit
47 den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation WTO aus. Dieses Rechtsprechungs-
48 system sollte analog zum Internationalen Gerichtshof (IGH), zum Internationalen Strafge-
49 richtshof (IStGH) und zum Internationalen Seegerichtshof (ISGH) ausgestaltet sein. Dies
50 schließt hauptberufliche Richter und ein geordnetes Berufungsverfahren ein. Der Rechtsweg
51 über dieses System würde für die beteiligten Staaten und alle Handelsakteure aus den beteilig-
52 ten Staaten offenstehen, sofern der nationale Rechtsweg keine ausreichende Abhilfe bietet,
53 analog zum Komplementaritätsgrundsatz des IStGH. Die Aufgabe des neuen Gerichtssystems
54 wäre die Auslegung von Handelsabkommen zwischen den betreffenden Staaten oder den
55 Staaten, in denen die Streitparteien ansässig sind, sowie deren verbindliche Durchsetzung. Die
56 Möglichkeit von Doppelklagen muss dabei ausgeschlossen sein.

57

58 **4. Abbau von Zöllen, Angleichung technischer Standards und Zulassungsverfahren**

59 Die SPD Saar befürwortet den geplanten Abbau der Zölle. Auch der Abbau nicht-tarifärer Han-
60 delshemmnisse kann grundsätzlich im gegenseitigen Interesse sein, muss sich aber auf unter-
61 schiedliche technische Standards und Vorschriften sowie gegebenenfalls auf die Abschaffung
62 doppelter Zulassungsverfahren, die tatsächlich vergleichbar sind, beschränken (z.B. die Größe
63 von Rückspiegeln). Eine gegenseitige Anerkennung von Standards und Zulassungsverfahren
64 darf es nur geben, wenn damit keine Absenkung der Schutzniveaus verbunden ist. Die parla-
65 mentarische Hoheit über die Definition von Standards und Zulassungsverfahren muss sicher-
66 gestellt bleiben.

67

68 **5. Bestehenden Schutzniveau und bestehende Handlungsspielräume**

69 Bestehende soziale, ökologische, gesundheitliche, kulturelle oder politische Standards sind im
70 Übrigen nicht als nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu interpretieren und stehen nicht zur Dis-
71 position.

72

73 Das Freihandelsabkommen darf nicht dazu führen, dass das Schutzniveau europäischer Stan-
74 dards beim Umwelt-, Daten-, Gesundheits- oder Verbraucherschutz sowie im Bereich der Ar-
75 beitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards in Frage gestellt wird. Dort wo

76 es internationale Standards – insbesondere ILO-Standards – gibt, dürfen diese nicht unter-
77 schritten werden. Es muss sichergestellt werden, dass die bestehenden hohen Standards noch
78 weiter verbessert werden und Maßstäbe für faire, globale Handelsregeln setzen. Freihandels-
79 abkommen dürfen die Entwicklung regionaler Märkte insbesondere in Entwicklungsländern
80 nicht negativ beeinflussen.

81
82 Die öffentliche Daseinsvorsorge und andere öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht beein-
83 trächtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung von Dienstleistungen im allge-
84 meinen wirtschaftlichen Interesse. Die öffentliche Medien- und Kulturförderung ist vollständig
85 zu erhalten. Auch die Daseinsvorsorge durch die Freie Wohlfahrtspflege muss unangetastet
86 bleiben. Die Entscheidungsfähigkeit regionaler Körperschaften über die Organisation der Da-
87 seinsvorsorge muss bestehen bleiben. Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zur Libe-
88 ralisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geben. Eine Rekommunalisierung
89 einst privatisierter öffentlicher Dienstleistungen darf nicht durch Standstill- oder Ratchet-
90 Klauseln im Freihandelsabkommen unmöglich gemacht werden.

91
92 Der Handlungsspielraum von Kommunen darf nicht durch entsprechende Regelungen für den
93 Marktzugang beschnitten werden. Ebenfalls dürfen im Bereich der öffentlichen Vergabe im
94 Vergleich zu den bisher im nationalen und europäischen Vergabe- und Konzessionsrecht vor-
95 gesehenen Regelungen keine weiteren Einschränkungen erfolgen. Dies schließt die Anwen-
96 dung sozialer und ökologischer Vergabekriterien oder eine mögliche Verpflichtung zur Tarif-
97 treue explizit ein.

98

99 **6. Positivlistenansatz**

100 Der an verschiedenen Stellen beabsichtigte Negativlistenansatz wird nicht als zielführend an-
101 gesehen. Aufgrund der oben beschriebenen inhaltlichen Forderungen sieht die SPD Saar die
102 Festlegung der Verhandlungsgegenstände im Rahmen des Positivlistenansatzes als sinnvoller
103 an. Die Positivliste sollte lediglich die nachfolgenden Punkte umfassen:

104

105 a) Zölle sollten abgebaut werden (siehe auch Ziffer 4).

106

107 b) Industrienormen, darunter unterschiedliche technische Standards und Vorschriften
108 sowie gegebenenfalls doppelte Zulassungsverfahren sollten gegenseitig anerkannt o-
109 der – sofern möglich – angeglichen werden. Zudem sollte eine von den beteiligten Staa-
110 ten gemeinsam getragene Institution zur Normung geschaffen werden. Diese Instituti-
111 on sollte künftige Industrienormen frühzeitig auf Angleichungsmöglichkeiten zwischen
112 amerikanischen und europäischen Normen untersuchen. Nach Möglichkeit sollten neue
113 gemeinsame Normen mit dem Ziel einer ISO-Normung entwickelt werden.

114

115 c) Die beteiligten Staaten sollten sich zur Schaffung eines wie unter Ziffer 3 beschriebe-
116 nen internationalen Rechtsprechungssystems verpflichten. Sofern dieses Rechtspre-

117 chungssystem – z.B. bei zukünftigen Abkommen wie CETA – bereits besteht, sollten
118 sich die beteiligten Staaten zum Beitritt zu diesem internationalen Rechtsprechungs-
119 system verpflichten.

120

121 Alle übrigen Bereiche, die nicht von der vorgenannten Positivliste umfasst werden, sollen von
122 den weiteren Verhandlungen explizit ausgeklammert werden.

123

124 **7. Klassifizierung und Weiterentwicklung des Abkommens**

125 TTIP ist als gemischtes Abkommen mit Zustimmungserfordernis des Bundesrates anzusehen.
126 Daher steht TTIP nicht nur unter dem Zustimmungsvorbehalt des Europäischen Parlamentes
127 und des Rates, sondern es ist auch die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der 28
128 Mitgliedstaaten notwendig. Neue Vertragsbestandteile dürfen nicht durch eine laufende Ab-
129 stimmung mit Unternehmen Gültigkeit erlangen, sondern bedürfen der erneuten Zustimmung
130 und Ratifizierung. Es muss durch Einfügen einer eigenen Klausel die Möglichkeit bestehen, das
131 Freihandelsabkommen nach Abschluss zu korrigieren oder (in Teilen) zu kündigen.

132

133 **8. Stärkung der (innerparteilichen) Demokratie**

134 Eine intensive Diskussion über die TTIP-Verhandlungen ist in der Öffentlichkeit genauso wie
135 auch innerhalb der SPD von zentraler Bedeutung. Zur Vorbereitung politischer Entscheidungen
136 muss die Möglichkeit zur Diskussion, Meinungsbildung und Mitsprache bestehen. Nach einem
137 etwaigen Abschluss der TTIP-Verhandlungen und rechtzeitig vor einer Beschlussfassung des
138 Deutschen Bundestages müssen sich die Beschlussgremien der SPD auf der Basis der dann ak-
139 tuellen Verhandlungsergebnisse mit dem Thema erneut befassen. Die SPD wird darüber hinaus
140 die Öffentlichkeit über ihre Entscheidung und ihren kritischen Widerstand gegen TTIP regel-
141 mäßig und umfassend informieren.

142

143 Darüber hinaus dürfen die inhaltlichen Forderungen der SPD auf allen Ebenen nicht hinter dem
144 Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 („Rote Linien“) zurückfallen.

145

146 **9. Weiterführende Diskussion**

147 Die Diskussion um TTIP zeigt, dass dringend eine grundsätzliche Diskussion zu führen ist über
148 das Verhältnis von Politik, die nach demokratischen Prinzipien gestaltet ist, zu einem Wirt-
149 schaftssystem, das demokratische Prinzipien nicht kennt und diese nur als Handelshemmnisse
150 wahrnimmt.

151 Wir wollen keine marktkonforme Demokratie, sondern einen demokratischen Markt. Für uns
152 gilt das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie.

153 Die vorgenannten inhaltlichen Forderungen sollen bei weiteren Freihandelsabkommen – zum
154 Beispiel dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) oder dem
155 Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) Berücksichtigung finden.

AK4

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu FP7

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Betreuungsgeld**

2

3 Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 21.06.2015 das Betreuungsgeld gekippt.

4 Damit wurde eine der fatalsten Fehlentscheidungen der Familienpolitik der letzten Jahre korri-
5 giert – leider jedoch nicht durch eine politische Entscheidung, sondern auf dem Gerichtsweg.

6 Dieser Moment muss genutzt werden, um einen Wandel in der Familienpolitik herbeizuführen.

7

8 Das Betreuungsgeld hielt Kinder von Bildungsangeboten fern und festigte die überkommene
9 Rollenvorstellung der Aufteilung in Erwerbs- und Familienarbeit.

10

11 Gleichzeitig ist das Angebot an Plätzen in Kindertagesstätten noch nicht ausreichend. Das stellt
12 Familien vor große Probleme. Um diesen Familien zu helfen, müssen die Mittel aus dem Be-
13 treuungsgeld umgewidmet werden.

AK5

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu G7 und G14

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Systemwechsel in der Finanzierung des Gesundheitswesens**

2

3 Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag:

4

5 Die paritätische Finanzierung war immer einer der Grundpfeiler des bestehenden Systems der
6 gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Das Gesundheitssystem muss auch in Zukunft solida-
7 risch finanziert werden.

8

9 Die SPD Saar fordert daher in einem ersten Schritt, die paritätische Beitragsfinanzierung in der
10 GKV noch in dieser Wahlperiode wiederherzustellen. Die Arbeitgeberseite muss auch in Zu-
11 kunft paritätisch an den steigenden Kosten im Gesundheitswesen beteiligt bleiben.

12 In einem zweiten Schritt geht es darum, die Finanzierung der Aufgaben des Gesundheitswe-
13 sens auf solidarischer Basis weiterzuentwickeln, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger sich
14 nach ihren bzw. seinen finanziellen Möglichkeiten an einer nachhaltigen Finanzierung von Inf-
15 rastruktur, Prävention und Gesundheitsversorgung beteiligt.

16

17 Die SPD Saar fordert daher eine Reform der Kranken- und Pflegeversicherung hin zur Bürger-
18 versicherung, um in der Pflege- und Gesundheitspolitik den notwendigen Systemwechsel her-
19 beizuführen, der die zunehmende Zweiklassenmedizin beenden kann. Ziel ist, dass alle Versi-
20 cherten in eine gemeinsame Kasse einzahlen, private Versicherungen dürfen nur als Zusatzver-
21 sicherungen dienen.

22

23 **Begründung**

24 Erfolg mündlich.

AK6

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu G10

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema in den Blick nehmen**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen:

4

5 Wir werden die Gesundheitspolitik in den anstehenden Wahlkämpfen als Wahlkampfthema in
6 den Blick nehmen und zur Vorbereitung einen offenen Landesausschuss im Frühjahr 2016
7 durchführen.

AK7

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu IJ3

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Vorratsdaten**

2

3 Die SPD Saar fordert die Landesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregie-
4 rung auf, bei der vom SPD Parteikonvent 2015 beschlossenen Überprüfung im Jahr 2018 auf
5 einen Verzicht anlassloser Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten hinzuwirken.

AK8

Antragsteller: Antragskommission
Fassung der Antragskommission zu IJ4

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Öffentliche Petitionen auch im Saarland möglich machen!**

2

3 Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

4

5 Die SPD Saar fordert die Landtagsfraktion auf, eine Initiative zur Änderung der Geschäftsord-
6 nung des saarländischen Landtags zu starten, so dass öffentliche Petitionen – wie sie bereits
7 auf Onlineplattformen zu finden sind – auch beim saarländischen Landtag eingereicht werden
8 können.